



Presseschau vom 04.07.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Mit weißen Kügelchen gegen Homosexualität?**

Ilona Pfeffer

Homosexualität kommt von einer Syphilisinfektion der Vorfahren, aber niemand muss seine falsche, unnatürliche Sexualität mit Absicht oder in fatalistischer Weise annehmen. Denn: Den leidenden Homosexuellen kann geholfen werden – mit Globuli, Gebet und Psychotherapie. Klingt nach Mittelalter? Ist aber Realität für den Bund der katholischen Ärzte.

1990 ist die Homosexualität von der Weltgesundheitsorganisation WHO aus dem ICD-Katalog gestrichen worden, wird also offiziell nicht mehr als Krankheit eingestuft. In immer mehr Ländern der Welt wird die gleichgeschlechtliche Ehe anerkannt, auch in der Bundesrepublik. Schwule Minister repräsentieren Deutschland. Im Genfer Gelöbnis des Weltärztebundes steht geschrieben: „Ich werde nicht zulassen, dass Erwägungen von Alter, Krankheit oder Behinderung, Glaube, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, politischer Zugehörigkeit, Rasse, sexueller Orientierung, sozialer Stellung oder jeglicher anderer Faktoren zwischen meine Pflichten und meine Patientin oder meinen Patienten treten.“

Vor diesem Hintergrund erscheint es als grotesker Anachronismus, wenn praktizierende Ärzte in Deutschland Homosexualität heilen wollen. Auf seiner Webseite räumt der „Bund der katholischen Ärzte“ (BKÄ) zwar ein, dass Homosexualität keine Krankheit sei. Es handele sich jedoch um eine „Störung in der Entwicklungsphase, deren Folgezustand behandlungswürdig“ sei. Nicht krank zu sein bedeute keinesfalls gesund, ungefährdet oder

nicht fremdgefährdend zu sein, heißt es weiter. Vor dieser „Störung“ müsse „aus gesundheitlichen und moralischen Gründen gewarnt werden“.

Schuld ist die Syphilis

Der BKÄ geht davon aus, Homosexualität sei eine Folge einer Belastung des Erbguts durch nicht ausgeheilte Infektionskrankheiten wie Syphilis bei den Vorfahren:

„Wichtig ist uns der Hinweis auf die Hypothese, dass eine gestörte epigenetische Vererbung von Toxinen einer Syphilisinfektion der Ahnen derartige körperliche und Denk- und Verhaltensweisen verursachen kann“, heißt es wörtlich.

Nach angeblich zahlreichen Hilferufen von Betroffenen aus dem In- und Ausland hat der BKÄ 2011 eigens einen „Arbeitskreis Homosexualität“ gegründet, um umfassend über das „Problem“ und dessen „Behandlung“ zu informieren.

„Heilmethoden“ gegen Homosexualität

Niemand müsse seine falsche, unnatürliche Sexualität mit Absicht oder in fatalistischer Weise annehmen. Weder Ärzte noch Geistliche dürften diese Entscheidungsfreiheit zur „Sünde“ und zum „Fehlverhalten“ geben. Laut dem 2004 gegründeten BKÄ unter der Leitung des Arztes Dr. Gero Winkelmann, der in Unterhaching eine homöopathische Privatpraxis führt, gebe es Hoffnung für leidende, änderungswillige Homosexuelle und deren Angehörige. Die sexuellen Neigungen könnten durch religiöse, psychotherapeutische und medizinisch-homöopathische Methoden behandelt werden.

Auf psychologischer Ebene stecke hinter der Homosexualität eine Psychodynamik aus distanzierter Vater-Beziehung und belastender Mutter-Beziehung. Diese seelischen Traumata könnten mittels einer „reparativen Therapie“ nochmals durchlebt und dann geheilt werden, versichert der BKÄ. Ein segensreicher Baustein in der Behandlung und Veränderung von homosexuellen Neigungen sei außerdem eine geistliche, religiöse Seelsorge für unter ihren homoerotischen Empfindungen leidende Menschen. Das sagt eine Vereinigung, die nach eigenen Angaben zum Auftrag aus dem Evangelium an die Apostel steht, der da heißt: „Heilt Kranke, treibt Dämonen aus, macht Aussätzige rein.“

Homophobe Globuli

Und dann gibt es noch die Homöopathie (keinesfalls zur Selbstbehandlung, dafür aber zum selbst bezahlen). Nach einer homöopathischen Erst-Anamnese komme die Grundbehandlung. Diese bestehe aus der „Ausleitung und Vorbereitung des Bindegewebes“ mittels Sulfur und der anschließenden „Entgiftung von Folgen alter Infektionskrankheiten“ mittels Nosoden. Die „spezielle Therapie des eigentlichen Übels“ erfolge dann durch die Gabe des „Simile“ und Konstitutionstherapie.

Seine Aktivitäten haben dem BKÄ 2011 eine Beschwerde des Grünen-Bundestagsabgeordneten Volker Beck bei der Bundesärztekammer eingebracht. Diese distanzierte sich vom BKÄ mit der Begründung, es sei völlig abwegig, Homosexualität behandeln zu wollen. Die Bundesärztekammer habe im Gegenteil immer das „Grund- und Menschenrecht betont, dass die sexuelle Orientierung Ausdruck der Persönlichkeit ist und nicht zu Diskriminierung bzw. Stigmatisierung von Menschen führen darf“.

Katholische Kritik am BKÄ

Auch von der katholischen Kirche gibt es Gegenwind. So empört sich der BKÄ beispielsweise über die Aussagen des Trierer Bischofs Stefan Ackermann, der bei einer Podiumsdiskussion über Homosexualität gesagt habe, die katholische Kirche bezeichne Homosexualität nicht als Krankheit, jeder müsse seine sexuelle Identität annehmen und Gruppen, die Homosexualität heilen wollten, täten das nicht im amtlichen Auftrag.

Allianz der Irrationalen

Nachdem der BKÄ in den letzten Jahren in seiner Webpräsenz eher inaktiv war und von manchen bereits totgesagt wurde, verweist ein aktueller Artikel des Humanistischen Pressedienstes mit Sorge darauf, dass der Bund katholischer Ärzte und vor allem sein Leiter Dr. Gero Winkelmann derzeit wieder verstärkt durch die sozialen Medien geistern.

„Zwei Glaubenssysteme jenseits der Rationalität gehen eine unheilige Allianz ein: Religiös motivierte Homophobie und im Vorwissenschaftlichen wurzelnde Homöopathie. Ist dies verwunderlich? Angesichts der Schnittmengen beider Systeme im Irrationalen im Grunde nicht“, schreibt der Humanistische Pressedienst.

Strafrechtliche Maßnahmen habe es gegen den BKÄ bisher nicht gegeben. Auch eine offizielle Distanzierung des Zentralvereins homöopathischer Ärzte bleibe demnach bis heute aus.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32140/53/321405390.jpg>

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden das Gebiet von **Perwomajsk, Kalinowka und Prischib**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Rada-Abgeordneter wirft Russland Diebstahl der Landesbezeichnung vor.

Der Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) Andrej Iljenko hat Russland vorgeworfen, der Ukraine ihre Bezeichnungen gestohlen zu haben.

So kommentierte Iljenko, Mitglied der ukrainischen rechtsradikalen Partei „Swoboda“ (dt: Freiheit), die Anordnung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, russische Armeeeinheiten nach ukrainischen Städten zu benennen.

„Russland stiehlt die Geschichte anderer Länder – es ist eine Tatsache, angefangen mit dem Namen ‚Russland‘, den es sich aneignete, obwohl es nie als ‚Russland‘ bezeichnet wurde. Vor Peter I. hieß es ‚Moskowien‘. Nehmen Sie die Landkarten aus dieser Zeit: Rus ist die Ukraine, und Moskowien ist Moskowien. Und nachdem es unseren Namen und unsere Geschichte gestohlen hatte, erschien das Russische Kaiserreich“, sagte Iljenko gegenüber dem Sender „112 Ukraina“.

Zuvor hatte Wladimir Putin angeordnet, mehreren Formationen der russischen Armee Ehrenbezeichnungen zu verleihen. Einige Militärverbände sollen Namen ukrainischer Städte erhalten. Damit soll die Beteiligung der Formationen an der Befreiung dieser Städte im Zweiten Weltkrieg geehrt werden. So soll nun das 6. Panzerregiment der russischen Armee Lwiwer Garderegiment heißen, das 68. Panzerregiment soll Schytomyr-Berliner Garderegiment genannt werden und das 163. Panzerregiment – Neschinski-Garderegiment. Andere Verbände erhalten die Namen weißrussischer Städte wie Witebsk, Kobryn und

Slonim.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 03. Juli 3:00 Uhr bis 04. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 25.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Dolomitnoje, Werchnetorezikoje), Wasiljewka, Jakowlewka, Spartak, Staromichajlowka, Dokutschajewsk, Wesjoloje, Krutaja Balka, Leninskoje, Kominternowo.**

Opfer unter den friedlichen Bürgern oder Schäden an Wohnraum und Infrastruktur wurden bis jetzt nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 168.

In vorangegangenen 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: UN-Mechanismus zur Milderung der Syrien-Sanktionen vorgeschlagen: Der UN-Sonderberichterstatter zu den negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen, Idriss Jazairy, hat vorgeschlagen, einen Sondermechanismus unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zu gründen, in dessen Rahmen Damaskus die Milderung der westlichen Sanktionen gegen Syrien erörtern könnte.

„Ich schlage vor, unter Beteiligung aller Parteien, die gegen Syrien Sanktionen verhängt haben, eine technische Arbeitsgruppe zu gründen, um den Verkäufern, Finanzverhandlern und humanitären Mitarbeitern in Syrien eine Gelegenheit zu geben, ihre Arbeit, die so notwendig ist, zu leisten. Eine der Empfehlungen ist die Gründung einer Einkaufsabteilung in Syrien unter der Leitung der Vereinten Nationen, die Probleme bei ihrer Ankunft schnell lösen und die Banken und Verkäufer beruhigen kann, dass ihre Transaktionen durchgeführt werden und keine Sanktionsregel verletzt wird“, sagte Jazairy gegenüber Sputnik.

Jazairy betonte, ein solcher Mechanismus solle außerdem mit Vollmachten ausgestattet werden, Entscheidungen über Ausnahmen von den gegen Syrien verhängten Sanktionen zu treffen. Seiner Ansicht nach solle sich die UN-Einkaufsabteilung in Damaskus befinden, und die Besonderheiten seiner Arbeit sollten in Genf erörtert werden. Jazairy verwies darauf, er habe diese Idee mit Vertretern der syrischen Behörden besprochen, die erklärt hätten, dass sie diesen Mechanismus nicht ablehnen würden.

Der UN-Sonderberichterstatter äußerte seine Hoffnung, dass die Einrichtung dieses Mechanismus beim Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem US-Amtskollegen Donald Trump am 16. Juli in Helsinki erörtert wird.

Am 28. Mai hatte die Europäische Union die Sanktionen gegen die Regierung des syrischen Präsidenten Baschar Assad um ein weiteres Jahr bis 1. Juni 2019 verlängert. Auf der EU-Sanktionsliste stehen derzeit 259 Personen und 67 Unternehmen. Gegen Syrien gilt derzeit ein Öl-Embargo. Außerdem hat die EU bestimmte Investitionen in das Land beschränkt, Aktiva der syrischen Zentralbank in der EU eingefroren und Exporte von einigen Anlagen und

Technologien verboten.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 4. Juli 2018:

In den letzten 24 Stunden hat sich die Lage an der Kontaktlinie verschärft, ist aber durch unsere Truppen kontrollierbar geblieben. Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **25 Fälle von Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben die Terroristen aus der 24. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Walerij Guds mit Schusswaffen und großkalibrigen Maschinengewehren **Dolomitnoje** und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** beschossen.

In **Richtung Dokutschajewsk** haben Kämpfer aus der 93. mechanisierten Brigade unter Leitung des Kriegsverbrechers Klotschkow mit Schusswaffen und Granatwerfern die Gebiete von **Alexandrowka, Krutaja Balka, Spartak, Wesjoloje** und **Dokutschajewsk** beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer aus der 36. Marineinfanteriebrigade unter Leitung des Kriegsverbrechers Gnatow mit Schützenpanzerwaffen das Gebiet von **Leninskoje** und mit Schusswaffen das Gebiet von **Kominternowo** beschossen.

Das ukrainische Militärkommando kämpft nach wie vor mit dem Problem der mangelhaften Ausstattung der Einheiten, die in der Zone der Operation der Vereinigten Kräfte im Rahmen der Rotation eintreffen. Die im Verlauf einer Inspektion in der 28. mechanisierten Brigade entdeckten Defizite haben das Kommando gezwungen, auch die übrigen Brigaden, die zuvor in der OOS-Zone eingetroffen sind, zu überprüfen. Die Schlussfolgerungen der Kommission nach Kontrolle der Ausstattung der 56. Panzergrenadierbrigade, die Ende Mai 2018 eingetroffen ist, haben sich als besorgniserregend herausgestellt. Derzeit sind nur zwei Bataillone zur Erfüllung ihrer vorgegebenen Aufgaben bereit. Außerdem plant das Personal nach Auslaufen der Verträge auszuschcheiden. Grund dafür ist der Unwille, langfristige Verträge über 20 Monate anstelle von 6 Monaten zu unterzeichnen, mit welchen die Soldaten rechneten und die sie früher abschließen konnten.

Und in der 24. mechanisierten Brigade wurden Fälle von **Massenerkrankungen an Tuberkulose** festgestellt, was eine Folge der unbedachten Auswahl von Rekruten ist, die aus Gefängnissen kamen, wo die nötige medizinische Behandlung fehlt.

Wir stellen weiter nicht kampfbedingte Verluste bei Personal und Technik in der Zone der Operation der Vereinigten Kräfte fest. Ein betrunkene „Meute“ aus dem 503.

Marineinfanteriebataillon der 36. Brigade hat nach einem abendlichen Gelage beschlossen, den Vorrat an Alkohol aufzufüllen und ist mit einem Schützenpanzer nach Talakowka gefahren. Im Dunkeln sind die üblen Kämpfer vom Kurs abgekommen und auf ein Minenfeld geraten, wo der Schützenpanzer auf eine Mine geriet. Dabei starben vier Personen und fünf wurden unterschiedlich schwer verletzt.

Trotz der Anweisungen des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte über die Verheimlichung nicht kampfbedingter Verluste gehen bei uns weiter derartige Informationen ein.

Außerdem halten wir weiterhin Verletzungen des ‚Brotwaffenstillstands‘ mit uns zur Verfügung stehenden Videokameras fest und informieren über solche Fälle die Mitarbeiter der OSZE-Mission.

de.sputniknews.com: „Alles Lüge“: Lawrow zu West-Vorwürfen über „ethnische Säuberungen“ in Ost-Ghuta.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat die Vorwürfe der westlichen Länder, dass es bei der Befreiung von Ost-Ghuta und Aleppo ethnische Säuberungen gegeben habe, als Lüge bezeichnet.

„Was Ost-Aleppo und Ost-Ghuta angeht, erinnern wir uns daran, dass es bei der Operation zur

Vertreibung der Terroristen von dort in den westlichen Medien sowie in westlichen politischen Kreisen viele Klagelieder darüber gab, dass das humanitäre Völkerrecht verletzt worden wäre und dass es dort beinahe ethnische Säuberungen gegeben habe. Dies alles stellte sich als Lüge heraus“, sagte Lawrow am Mittwoch nach Verhandlungen mit seinem jordanischen Amtskollegen Ayman Safadi in Moskau.

Lawrow betonte außerdem, die Zivilisten, die in die südlichen Gebiete Syriens zurückkehren würden, sollten nicht befürchten, dass sich dort die Situation in Ost-Ghuta wiederholen werde. „Ich würde mich nicht vor einer Wiederholung der Situation in Ost-Aleppo und Ost-Ghuta fürchten. Ich würde mich vor einer Wiederholung der Situation in Rakka fürchten, wohin die Zivilisten immer noch nicht zurückkehren können, und diejenigen, die dies versuchen, riskieren ihr Leben wegen der anhaltenden Minengefahr“, betonte der russische Außenminister.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32141/34/321413425.jpg>

de.sputniknews.com: Uno-Sonderberichterstatter: Russland-Sanktionen treffen EU am härtesten.

Die westlichen Sanktionen gegen Russland treffen die EU am härtesten. Dies sagte der UN-Sonderberichterstatter für negative Auswirkungen von einseitigen Zwangsmaßnahmen, Idriss Jazairy, gegenüber Sputnik am Mittwoch.

Die Sanktionen hätten Russland einen Impuls gegeben, seine landwirtschaftliche Produktion zu intensivieren, die aktuell auf dem europäischen Markt nachgefragt werde, meint Jazairy.

„Der Generalsekretär des Verbands der EU-Agrarproduzenten sagte, als ich in Brüssel war, dass man die Verluste durch die Schließung des russischen Marktes nicht ausgeglichen hätte und es nicht fair sei, dass kleine landwirtschaftliche Betriebe in Europa für die politischen Widersprüche zwischen der EU und Russland zahlen sollten“, so Jazairy.

Er fügte hinzu, Russland habe sich den Sanktionen angepasst, während der EU-Markt die größten Verluste hingenommen habe. Vor dem Hintergrund der sogenannten Sekundärsanktionen müssen sich nun die europäischen Unternehmen mit neuen Anforderungen auseinandersetzen, um ihre Geschäfte in Übereinstimmung mit dem US-Recht zu führen, hieß es.

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Staaten hatten sich nach dem Umsturz in der Ukraine 2014 verschlechtert. Nach dem Beitritt der Krim zu Russland verhängten die USA und die EU politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland.

Moskau konterte mit einem Einfuhrverbot für eine ganze Reihe von Lebensmitteln aus den Ländern, die zuvor Sanktionen gegen Russland verhängt hatten.

Moskau hat Gegenmaßnahmen getroffen und Kurs auf Importersatz genommen.

de.sputniknews.com: Vergiftungen in Amesbury: Britische Antiterrorpolizei schließt sich Ermittlungen an.

In der Stadt Amesbury in der englischen Grafschaft Wiltshire sollen laut der britischen Polizei zwei Menschen mit einer unbekannten Substanz vergiftet worden sein. Nun schließt sich auch die Antiterrorpolizei den Ermittlungen an - ihre Spezialisten waren zuvor auch an den Untersuchungen im Fall Skripal beteiligt.

Nach Angaben der britischen Polizei soll es am Mittwochmorgen einen „ernsthaften Vorfall“ in der Stadt Amesbury nahe Salisbury in der englischen Grafschaft Wiltshire gegeben haben. Zwei Menschen sollen „unter den Einfluss einer unbekannten Substanz“ geraten und in kritischem Zustand ins Krankenhaus gebracht worden sein.

Laut Scotland Yard hat sich nun auch die britische Antiterrorpolizei in den neuen Fall eingeschaltet.

Die ersten Hinweise über die Vergiftung von zwei Menschen unweit von Salisbury soll es dabei bereits am Samstagabend gegeben haben. Ein 40-jähriger Mann und eine 40-jährige Frau seien in einem Haus bewusstlos aufgefunden worden.

Es sei jedoch zunächst angenommen worden, dass die Einnahme von unreinem Heroin oder Kokain der Grund für die Vergiftungserscheinungen gewesen sei.

Jetzt würden sich der Mann und die Frau in einem kritischen Zustand befinden und in einem Krankenhaus in Salisbury behandelt.

Nach den letzten Angaben aus London sind die Symptome "ähnlich" denen im sogenannten Fall Skripal.

Der Ex-Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia waren Anfang März auf einer Parkbank im südenglischen Salisbury bewusstlos aufgefunden worden. Die britische Seite machte Russland für die Attacke mit dem als "Nowitschok" bekannten chemischen Kampfstoff A234 verantwortlich. Moskau wies jegliche Anschuldigungen zurück.

Die Skripals wurden mehrere Wochen lang stationär behandelt. Die 33-jährige Julia wurde am 9. April und ihr 66-jähriger Vater am 18. Mai aus dem Krankenhaus entlassen.

Der russische Präsident Wladimir Putin wünschte Sergej Skripal baldige Genesung und betonte, Russland sei bereit, bei der Untersuchung des Falls zu helfen. London lehnte das Angebot ab.

Der Fall löste einen schweren internationalen Skandal aus. London wies 23 russische Diplomaten aus. Großbritannien wurde von mehreren EU-Ländern, den USA und einigen anderen Staaten unterstützt. Russland antwortete ebenfalls mit der Ausweisung von Diplomaten aus Großbritannien und anderen Ländern.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32141/37/321413721.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine Tendenz zur Verschärfung.

Trotz des Waffenstillstands haben wir in den letzten 24 Stunden **drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowka, Perwomajsk** und **Prischib**.

Dabei wurden 82mm-Mörser, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 20 Geschosse abgefeuert. Der beschuss erfolgte von den Positionen der 14. und 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeure die Kriegsverbrecher Wojtschenko und Grusewitsch sind.

In Verletzung der Minsker Vereinbarungen verwenden die ukrainischen Streitkräfte weiter Drohnen an der Kontaktlinie.

Am 3. Juli sind ukrainische Drohnen im Gebiet von Nowotoschkowskoje geflogen. Diese Maßnahmen wurden von einer Drohnenmannschaft der 53. mechanisierten Brigade durchgeführt, um zu erkunden und die Tarnung ihrer Positionen zu kontrollieren.

Im Zusammenhang damit, dass unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte die Zahl derjenigen wächst, die mit der Durchführung der Strafoperation gegen das eigene Volk unzufrieden sind, sinkt in den Einheiten der ukrainischen Truppen das moralisch-psychische Niveau und es wächst die Zahl nicht ordnungsgemäßen Umgangs untereinander und der Fälle von Alkohol- und Drogenmissbrauch. Trotz der Versuche des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte, solche Verletzungen der militärischen Disziplin zu verheimlichen, gehen bei uns weiter Informationen über neue Fälle moralischen Verfalls der ukrainischen Armee ein.

Am 30. Juni dieses Jahres wurde der Soldat der 53. mechanisierten Brigade Krawtschuk mit der Diagnose „Entzugserscheinungen“ als Folge von systematischem Drogen- und Alkoholmissbrauch in das 51. Militärhospital (in Wolodarskoje Donezker Oblast) eingeliefert. Einen Tag später füllte der Soldat des 3. Bataillons der 72. Brigade Gajew die Liste der nicht kampfbedingten Verluste auf, der in Folge von unvorsichtigem Umgang mit einer Handgranate schwer verletzt wurde. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, dass der Soldat stark betrunken war.

Um ihre Untergebenen doch irgendwie aufzumuntern, greift das kommandierende Personal zu unpopulären Betrugsmethoden – es berichtet über angebliche Siege und die Einnahme von Ortschaften durch die ukrainischen Streitkräfte, die sich aber sowieso schon unter ihrer Kontrolle befanden. Wie man sagt, „Wo es nichts Gutes gibt, dort suche nicht die Wahrheit“. Wir aber erhöhen weiter das Niveau der Professionalität des Personals und sind zu allen Aufgaben zur Verteidigung unserer Republik bereit. Heute fanden in den Einheiten der Volksmiliz Übungen zu Schießausbildung statt, bei denen das Personal seine Fertigkeiten bei der Beherrschung von Schusswaffen und Schützenpanzern erhöhte.

Außerdem werden in den Abteilungen der Volksmiliz der LVR Übungen zu Sicherheitsregelungen unter Leitung der Kommandeure der Einheiten durchgeführt.

Ich will ein weiteres Mal erklären, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen bezüglich des „Brotwaffenstillstands“ strikt einhält.

Ukrinform.ua: Donbass: Keine Verluste in der Armee.

Im Gebiet der Operation der Vereinigten Kräfte (OVK) sind gestern und am Mittwochmorgen ukrainische Soldaten weder verletzt noch getötet worden.

Das gab der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine, Alexandr Motusjanik, in einem Briefing am Mittwoch bekannt. Der Feind feuerte in der Nacht und am Dienstagnachmittag Richtung der Armeestellungen, sagte der Sprecher. Er habe aber Waffen, die durch Vereinbarungen von Minsk verboten sind, nicht eingesetzt.

de.sputniknews.com: Russlands Außenamt nennt Bedingung für Wiederaufnahme von Zahlungen an Europarat.

Das russische Außenministerium hat in einer Erklärung die Bedingung genannt, unter der Russland seine Beitragszahlungen an den Europarat wiederaufnimmt.

Russland werde alle Verpflichtungen zu Beitragszahlungen an das Budget des Europarates für das Jahr 2017 nach der Wiederherstellung der Rechte der russischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) erfüllen, heißt es in der Erklärung. Die Mandate der russischen Abgeordneten seien nicht wiederhergestellt, es gebe demgemäß keinen Grund für die Wiederaufnahme der Beitragszahlungen, betonte das russische Außenamt.

Im April 2014 war den russischen Abgeordneten in der PACE ihr Stimmrecht wegen der Ereignisse um die Krim entzogen worden. Später hatte die Parlamentarische Versammlung diese Angelegenheit einige Male behandelt, aber die Sanktionen nicht nur in Kraft gelassen, sondern auch einige neue Bestimmungen hinzugefügt.

Die russische Delegation hatte erklärt, es sei unmöglich unter solchen Bedingungen zu arbeiten, und ihre Teilnahme an den PACE-Sitzungen eingestellt. Seit 2016 reicht Moskau keine Unterlagen für die Akkreditierung der russischen Delegation mehr ein.

Dabei hatte Russland mehrmals Vorschläge zur Lösung der Krise eingebracht, unter anderem den Vorschlag, dass künftig keiner nationalen Delegation mehr das Stimmrecht in der PACE entzogen werden darf. Die Versammlung hat diese Vorschläge jedoch bisher nicht erörtert.

Im April dieses Jahres hat der Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, erstmals über mögliche Sanktionen gegen Moskau gesprochen, wenn Russland seinen Beitrag weiter nicht zahlen würde.

Smdnr.ru: Am 4. Juli hat der Minister für Jugend, Sport und Tourismus der DVR Alexandr Gromakow die Eröffnung eines Sportplatzes für Menschen mit Behinderungen auf dem Gelände des Sportpalastes „Spartak“ in Donezk besucht.

In seinem Grußwort sagte der Minister, dass in einer zivilisierten Gesellschaft die Entwicklung von angepassten Sportarten nicht nur erörtert, sondern auch tatsächlich verwirklicht werden muss.

„In einer normalen Gesellschaft wird Menschen mit Behinderung immer besondere Aufmerksamkeit gewidmet. In der DVR hat die Entwicklung angepasster Sportarten eine Priorität, regelmäßig finden Wettkämpfe statt, an denen alle, die möchten, teilnehmen können. Ich meine, dass unsere grundlegende Aufgabe ist, diese Menschen dabei zu unterstützen physisch in Form zu bleiben, genau deshalb haben wir heute diesen Sportplatz eröffnet“, sagte Alexandr Gromakow.

Auf dem Sportplatz gibt es verschiedene Trainingsangebote, um die allgemeine Fitness aufrecht zu erhalten und spezielle Hindernisbahnen für Rollstuhlsport.

de.sputniknews.com: Kiew und Ankara vereinbaren Lieferung unbemannter Flugkomplexe an Ukraine.

Die Ukraine und die Türkei haben ein Memorandum über die Lieferung unbemannter Flugkomplexe an Kiew unterzeichnet. Das hat der Pressedienst des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine (RNBO) am Mittwoch mitgeteilt.

„Im Ergebnis der Arbeit der Kommission (für Fragen der militärisch-technischen Zusammenarbeit – Anm. d. Red.) haben die Seiten ein Memorandum über die Lieferung unbemannter Flugkomplexe an die Ukraine und über die Gründung eines gemeinsamen Unternehmens unterzeichnet“, heißt es in der Mitteilung.

Die Seiten hätten außerdem die Umsetzung von Projekten in den Bereichen Panzerbau, Weltraum und Flugzeugbau erörtert.

Nach Angaben des RNBO bestätigte die Türkei ihr Interesse am Kauf ukrainischer Flugzeuge

An-178.

Russland hatte wiederholt vor Waffenlieferungen an die Ukraine gewarnt, da dies die Lage im Donbass nur weiter verschärfen würde. Kremlsprecher Dmitri Peskow hatte erklärt, Waffenlieferungen an Kiew würden nicht zur Regelung der Lage im Donbass sowie zur Umsetzung des Minsker Abkommens beitragen.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31902/93/319029350.jpg>

de.sputniknews.com: Von Salisbury bis Amesbury – wird London wieder Russland verdächtigen?

Professor Anatoli Petrenko von der russischen Akademie für öffentliche Verwaltung hat in einem Interview mit Sputnik den jüngsten Vergiftungsfall in Amesbury kommentiert. Er bewertet auch die Wahrscheinlichkeit neuer Vorwürfe gegenüber Russland in diesem Zusammenhang.

Im Interview wollte Sputnik wissen, ob Großbritannien auch den jüngsten Vergiftungsfall in Amesbury Russland zur Last legen könnte.

„Die britische Premierministerin Theresa May müsste nach ihrer Logik Russland auch für diesen Zwischenfall verantwortlich machen“, sagte Petrenko. Allerdings gebe es weltweit eine riesige Menge von Vergiftungen durch verschiedene Substanzen, unter anderem durch Lebensmittel und den Ausstoß von Schadstoffen.

„Wir wollen nicht vergessen: Nicht weit von diesem Ort befindet sich ein Zentrum für Giftstoffforschung. Gewisse Substanzen werden dort zwar kaum ohne Kontrolle und Sicherheitsmaßnahmen getestet - es sei denn, ein Verrückter ist in diesem Labor tätig. Dennoch ist nicht ausgeschlossen, dass es zu irgendwelchen Austritten gekommen sein könnte“, so Petrenko.

Der Professor verwies darauf, dass die Vergiftung auf Drogenkonsum zurückzuführen sein könnte - eine Version, zu der die britische Polizei ebenfalls ermittle.

„Allerdings könnte sein, dass dieser Wahnsinn, der mit den Skripals begonnen hat, auch weiter dauern wird“, nahm Petrenko an. Er persönlich glaube jedoch nicht, dass Sergej und Julia Skripal überhaupt vergiftet worden seien. „Meiner Meinung nach glaubt auch Theresa May nicht mehr daran, obwohl sie nach wie vor die Form wahrt“, sagte er.

Am Mittwochmorgen hatte die Polizei in Amesbury nahe Salisbury in der englischen Grafschaft Wiltshire einen „ernsthaften Vorfall“ mitgeteilt. Zwei Menschen sollen „unter dem Einfluss einer unbekannten Substanz“ in kritischem Zustand ins Krankenhaus gebracht worden sein.

Wpered.su: In deutschen Städten erschienen Graffiti zur Unterstützung des Donbass.
In einigen Städten Deutschlands sind Graffiti mit der Aufschrift „Rettet das Volk des Donbass

vor der ukrainischen Armee“ aufgetaucht. Initiatoren der Aktion sind linke Aktivisten, die in diesem Jahr die DVR und die LVR im Rahmen der Antifaschistischen Karawane besucht haben“, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/07/IMG_20180703_145004-1.jpg

ukrinform.ua: Ukraine-EU-Gipfel: Reformen und Vereinbarungen von Minsk stehen auf Tagesordnung.

Die Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk und Reformen in der Ukraine stehen auf der Agenda des 20. Gipfeltreffens Ukraine-EU am 9. Juli in Brüssel.

Die EU-Spritzen und die ukrainische Delegation werden nächste Schritte zur Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk, die Unterstützung der ukrainischen Reformen und der territorialen Souveränität und Integrität durch die EU besprechen, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform unter Berufung auf den EU-Rat.

Die ukrainische Delegation wird beim Treffen der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko leiten. Von der EU werden am Gipfel EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker, EU-Ratspräsident Donald Tusk, EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini, die Vizepräsidenten der EU-Kommission Maroš Šefčovič und Valdis Dombrovskis sowie EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström teilnehmen. Auf dem Gipfel werden auch Prioritäten in den Beziehungen zwischen der Ukraine und EU diskutiert, darunter Dezentralisierung, Reform der Staatsverwaltung, Korruptionsbekämpfung, Rechtshoheit, Wirtschaft und Energiewesen.

Novorosinform.org: Das Innenministerium Russlands hat Gesetzentwürfe zur Vereinfachung des Erwerbs der russischen Staatsbürgerschaft erarbeitet.

Dies geschieht im Zusammenhang mit der Aufforderung des Präsidenten der RF Wladimir Putin, die er während des ‚Direkten Drahtes‘ im Juni geäußert hat. Dies berichtete Walenina Kasakowa, die stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung für Migration.

Die beiden Dokumente würden bereits von der russischen Regierung geprüft.

Das erste Gesetz vereinfacht die Gewährung der Staatsbürgerschaft für Personen, die das staatliche Programm zur Umsiedlung von Landsleuten durchlaufen. ...

Das zweite Projekt vereinfacht den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Personen, die nicht

im Besitz gültiger Ausweisdokumente sind.

„Ich spreche hier von denjenigen, die ab dem Juli 2002 eingereist sind, gegen die festgelegte Aufenthaltsdauer im Land (90 Tage) verstoßen und seit vielen Jahren für diese Ordnungswidrigkeit zahlen“, sagte Kasakowa.

...

Zuvor war heute berichtet worden, dass unter den Subjekten der Russischen Föderation (den Teilrepubliken und Gebieten – A. d. Ü.) eine breite Diskussion über Gesetzesinitiativen zur Vereinfachung der Migrationsbedingungen für Bürger der Volksrepubliken Donezk und Lugansk stattgefunden habe.

...

Anfang Juni hatte der russische Präsident Wladimir Putin den Flüchtlingen aus dem Donbass versprochen, den Erwerb russischer Pässe zu vereinfachen. Er sagte dies während des ‚Direkten Drahtes‘ und beantwortete damit die Frage von Flüchtlingen, die sich derzeit in Bataisk im Gebiet Rostow aufhalten und über Probleme bei der Aufnahme einer Beschäftigung und bei der Einreise nach Russland klagten.

Üutin erklärte auch, dass Russland die Einwohner der LVR und DVR weiter unterstützen werde....



https://novorosinform.org/wp-content/uploads/2018/07/pasport_vs-696x392.jpg

de.sputniknews.com: Mazedonische Verteidigungsministerin nennt Frist für Nato-Beitritt.

Die mazedonische Verteidigungsministerin Radmila Šekerinska hat am Mittwoch gegenüber Journalisten offenbart, wann das Land der Nato beitreten wird.

Mazedoniens Regierung hatte am Dienstagabend die Verteidigungsstrategie des Landes gebilligt. Laut der Verteidigungsministerin hat Skopje alle Bedingungen für eine Nato-Mitgliedschaft erfüllt.

„In der nächsten Woche erhalten wir eine Einladung zur Nato-Mitgliedschaft. Das bedeutet, dass Mazedonien in wenigen Monaten mit der Ratifizierung des Beitrittsprotokolls beginnen wird. Von diesem Zeitpunkt an wird Mazedonien an allen Nato-Treffen teilnehmen und Teil des Rates der Nordatlantischen Allianz werden“, sagte Šekerinska.

Die mazedonische Verteidigungsministerin fügte hinzu, der Verteidigungshaushalt des Landes werde schrittweise „auf die notwendigen zwei Prozent“ erhöht. Sie betonte außerdem, die mazedonische Armee werde auf hochqualifizierte Fachleute setzen und weiter an den internationalen Operationen und Missionen der Nato, der EU und der Uno teilnehmen.

„Als Montenegro vor einem Jahr der Nato beitrug, gratulierte ich ihnen und sagte, unser Ziel ist es, dass Mazedonien 30. Nato-Mitglied wird. Da hat das wie ein Wunsch geklungen, heute

ist es die Realität, die hier vor uns liegt“, so Šekerinska.
Der nächste Nato-Gipfel findet am 11./12. Juli in Brüssel statt.